

Ukraine-Krise

Arbeit an Friedenslösung forcieren

Eine belastbare Waffenruhe bleibt vorrangig bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. Das erklärte Außenminister Steinmeier am Rande des Treffens mit seinen Ministerkollegen aus Russland, der Ukraine und Frankreich in Paris. Die militärische Eskalation in der Ostukraine dürfe nicht außer Kontrolle geraten.



Treffen in Paris: die Außenminister von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine.

Foto: Grabowsky/photothek.net

Außenminister Frank-Walter Steinmeier beklagte die steigende Anzahl von Verletzungen des Waffenstillstandes in der Ostukraine. Die Ministerrunde habe sich jedoch "nicht sehr lange mit der Frage beschäftigt, wer für die Verletzungen des Waffenstillstands verantwortlich ist, sondern wir haben nach Möglichkeiten gesucht, wie man die Gesamtsituation wieder entschärfen kann", so Steinmeier nach dem Treffen im Normandie-Format. Es war die sechste Gesprächsrunde mit den Ministern Sergej Lawrow, Pawlo Klimkin und Laurent Fabius seit Juli 2014.

Am 6. Juni 2014 traf sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Wladimir Putin, Petro Poroschenko und François Hollande am Rande des Weltkriegs-Gedenkens in der Normandie. Es war die erste Begegnung der Staatshäupter Russlands und der Ukraine seit Beginn der Krise. Seither werden Treffen mit Beteiligten der vier Länder "Normandie-Format" genannt.

Waffenstillstand an Brennpunkten sichern

Die militärische Lage rund um den seit Monaten heftig umkämpften Ort Schirokine an der Kontaktlinie stand im Zentrum der über vierstündigen Beratungen. Daran nahm auch der Leiter der OSZE Special Monitoring Mission in der Ukraine Apakan teil. Mit ihm diskutierten die Minister den Vorschlag, einen lokalen Waffenstillstand in Schirokine zu vereinbaren. Dieser könne dann auch als Beispielfall für die Region, etwa für Mariupol, gelten. Ob dies in der Region Zustimmung finde, müsse die OSZE klären.

Alle Minister hätten sich dazu bekannt, hier als Teillösung "eine Situation zu schaffen, in der es einen belastbaren Waffenstillstand gibt", sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Schäfer, in der Regierungspressekonferenz am Mittwoch.

"Diese Diskussionen waren hier und da durchaus kontrovers." Sie seien auch geprägt von "man-

chen, auch in wichtigen Fragen existierenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Kiew und Moskau über die Art und Weise, wie man jetzt konkret auf dem Weg der Umsetzung von Minsk voranschreitet", stellte Schäfer fest.

Arbeitsgruppen mit konkreten Aufgaben

"Mit vereinten Kräften" sei es dem deutschen und französischen Außenminister jedoch "gelungen, ein paar ganz konkrete Themen auf die Tagesordnung zu setzen." Mit Hilfe der trilateralen Kontaktgruppe und den darunter angesiedelten Arbeitsgruppen ließen sich hier möglicherweise in kurzer Zeit Fortschritte erzielen.

Die **trilaterale Kontaktgruppe** setzt sich aus Vertretern von OSZE, der Ukraine und Russland zusammen.

Laut Steinmeier habe es etwa "leichte Fortschritte" gegeben in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und wirtschaftlicher Wiederaufbau, die sich mit den Fragen beschäftigt: Können Verkehrsverbindungen wiederhergestellt werden? Kann beschädigte technische Infrastruktur wieder repariert werden? Zur Diskussion stünden die Wiederherstellung von zerstörten Brücken und die Reparatur beschädigter Wasserleitungen. Hier seien "zwei oder drei Projekte diskutiert worden, bei der man möglicherweise durch Kooperation zwischen der Ukraine und Russland, den Vertretern der Donbass-Region und Staaten wie Deutschland weiterkommen kann", so der Minister.

An diesen konkreten Umsetzungsvorschlägen müssten alle Seiten "erkennen, dass es Sinn macht, zusammenzuarbeiten, weil es Mehrwert für alle bringt", ergänzte Schäfer. Keine Fortschritte habe es dagegen bei den Themen humanitäre Hilfe und Gefangenaustausch gegeben. Auch bei Fragen zum politischen Prozess, wie der Reform der ukrainischen Verfassung und dem Sonderstatusgesetz sowie der Abhaltung von Wahlen in den Separatistengebieten, gebe es noch keine Lösung.

Minsker Vereinbarungen einzige Grundlage

Steinmeier betonte nach Ende der Beratungen in Paris: "Alle sind der Meinung, es gibt kein anderes Dokument als die Minsker Vereinbarungen, auf das man sich gemeinsam beziehen kann. Deshalb haben sich alle Parteien deutlich dazu bekannt." Dies gelte auch für den ukrainischen und den russischen Außenminister.

Alle hätten "die Defizite bei der Umsetzung benannt und unterstrichen, das nachzuholen, was in der Vergangenheit versäumt worden ist." Der deutsche Außenminister bilanzierte: "Ich unterstelle, dass dort, wo einiges versäumt worden ist, der

Ehrgeiz bei den Konfliktparteien vorhanden sein wird, um entsprechend aufzuholen."

Laut Außenamtssprecher sei "ganz wichtig", dass sowohl Kiew als auch Moskau "hier auf Kurs bleiben und sich dazu bekennen, was auf dem Gipfeltreffen unter Beteiligung der Bundeskanzlerin und des französischen Präsidenten in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar entschieden und beschlossen worden ist". Dies sei "gewissermaßen ein Fahrplan in Richtung politische Lösung für die Krise in der Ostukraine", erinnerte Schäfer.

Mittwoch, 24. Juni 2015

Treffen der EU-Außenminister

Sanktionen gegen Russland verlängert

Der Außenministerrat der EU hat am Montag die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um ein halbes Jahr verlängert. Mit ihrer Entscheidung setzen die Minister einen Beschluss des Europäischen Rates vom März um. Ziel der Maßnahmen bleiben Frieden und Sicherheit für die Ukraine.

Alle Länder hätten der Verlängerung der Sanktionen im Wirtschaftsbereich zugestimmt, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier nach den Gesprächen in Luxemburg. Der "Maßstab" sei schon vorab klar gewesen, erklärte er. "Soweit nämlich die Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt sind und Russland Verantwortung dafür trägt, war vorabgestimmt, dass dann zunächst die Sanktionen verlängert werden."

Einschränkungen für Wirtschaft und Technologie

Zu den am Montag verlängerten Maßnahmen gehören Beschränkungen von Finanztransaktionen mit den fünf größten russischen Finanzinstituten. Verboten wird außerdem der Im- und Export militärischer Güter sowie von Ausrüstung und Technologie im Energiebereich (etwa Ölförderungsanlagen).

Bereits am vergangenen Freitag (19.06.) hatte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini die Verlängerung von Einschränkungen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol bekanntgegeben. So dürfen Produkte aus diesen Gebieten, die von Russland völkerrechtswidrig annektiert wurden, in die EU importiert werden. Hierfür ist - vorerst bis zum 23. Juni 2016 - die Zustimmung der ukrainischen Zentralregierung erforderlich. Umgekehrt ist der Export technologischer Güter auf das Gebiet der Krim verboten. Ebenso bleibt der Kreuzfahrt-Tourismus eingeschränkt.

Ziel: Volle Umsetzung der Minsker Vereinbarungen

Im März hatte der Europäische Rat beschlossen, die Sanktionen gegen Russland fortzusetzen.

Mit diesem Beschluss will die EU die Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets unterstützen. Die Außenminister waren sich einig, dass die volle Umsetzung dieser Vereinbarungen das Hauptziel bleibt.

Sanktionen gegen Russland wurden bereits am 31. Juli 2014 angenommen und am 8. September 2014 noch einmal ausgeweitet. Ihre Dauer ist unter anderem an die vollständige Umsetzung der Vereinbarung von Minsk bis zum 31. Dezember 2015 geknüpft.

Die Vereinbarungen von Minsk haben Frieden und Sicherheit für eine souveräne Ukraine zum Ziel. Nach einem ersten Abkommen im September 2014 war am 12. Februar 2015 ein Maßnahmenpaket vereinbart worden. Der 13-Punkte-Plan sieht vorrangig einen Waffenstillstand, den Rückzug schwerer Waffen und Pufferzonen zwischen den Konfliktparteien vor. Außerdem sollen politische Reformen und freie Wahlen vorbereitet werden.

Montag, 22. Juni 2015

Bundesregierung gedenkt Opfern von Flucht und Vertreibung

Gedenkstunde am 20. Juni im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums



Bildunterschrift: Bundespräsident Joachim Gauck gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV) Dr. Bernd Fabritius MdB und der langjährigen BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB (Quelle BMI) Koschyk: Der „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ ist ein wichtiges Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen und ein weiterer wichtiger Schritt zur gesellschaftlichen Anerkennung ihres Schicksals. Mit dem Gedenktag

erweitern wir aber auch das Verständnis für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Dem wachsenden Interesse unserer östlichen Nachbarn an diesem Teil ihrer Geschichte können wir entgegenkommen, indem wir auch in Deutschland das Bewusstsein für einen vom europäischen Geist geprägten Dialog über die gemeinsame Vergangenheit und Zukunft befördern. Dabei gilt es, gemeinsam Frieden und Freiheit zu wahren und den eingeschlagenen Weg der Aussöhnung mit Deutschlands europäischen Nachbarn und der Einigung Europas fortzusetzen.

Am vergangenen Wochenende hat die Bundesregierung erstmals den am 27. August letzten Jahres eingeführten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung mit einer Gedenkstunde im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums begangen.

Mit dem Datum 20. Juni knüpft die Bundesregierung an den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen an. Gedacht wurde der weltweiten Opfer von Flucht und Vertreibung und insbesondere der deutschen Heimatvertriebenen. Hierdurch wird deutlich gemacht, dass der Wille und die Kraft zu Versöhnung und Neuanfang, der gemeinsame Aufbau und Zusammenhalt in der Gesellschaft das Fundament bilden, auf dem Deutschland heute Menschen aus 190 Nationen eine Heimat bietet.

Flucht und Vertreibung bedeuten für die Betroffenen großes Leid. Fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht sprechen eine deutliche Sprache; Flucht und Vertreibung haben die europäische Geschichte im 20. Jahrhundert geprägt. Allein im Kontext des von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkrieges mussten Millionen Menschen ihre Heimat verlassen.

Siehe:

<https://www.koschyk.de/fur-die-region/gedenktag-an-flucht-und-vertreibung-findet-grosse-zustimmung-21840.html>

Der Bundespräsident, Dr. h.c. Joachim Gauck, hielt vor über 300 geladenen Gästen die Festansprache zu der Gedenkstunde. Darüber hinaus kamen Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, Asma Abubaker Ali, selbst Flüchtling aus Nordafrika, Dr. Edith Kiesewetter-Giese, eine Vertriebene aus dem Sudetenland, und Dr. Bernd Fabritius, MdB, Präsident des Bundes der Vertriebenen, zu Wort. Für die musikalische Gestaltung zeichnete das Deutsch-Polnische Jugendorchester verantwortlich.

Der Bundesinnenminister sprach nach der Gedenkstunde von einer "großartigen Veranstaltung". Obschon die Vorgeschichte zu dem Gedenktag schwierig und umstritten gewesen sei, hätte sich die Verständigung auf den 20. Juni - also parallel zum Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen -, die eigentlich ein Kompromiss war, als "segensreich" erwiesen. So sei es möglich, andere Formen und Ursachen von Vertreibung gestern wie heute miteinander zu verknüpfen und dadurch noch mehr ins Bewusstsein zu rücken, betonte der Minister.

Греческое слово *ιστορία* означает неожиданный, странный, с точки зрения истории, это неожиданный, непредвиденный, неожиданный с традиционной точки зрения, неожиданное, которое подтверждается проверенными научными исследованиями и применимо для различных исторических случаев. Исследуются всевозможные факты, события и личности на более историческом расстоянии, даются различные данные. Альтернативный взгляд на развитие событий, на их развитие и все самобытно, в есть возможность их объективного рассмотрения, хотя это может и противоречит общепринятому мнению. Вода, однако в истории и порою истории, так как само слово *история* переводится с греческого как *исследование*, то переводится об историческом, поэтому необходимо, чтобы историческим событиям истинно и не противоречило. Главная задача исторического исследования в историческом развитии состоит в сложном диалектическом характере человеческого познания, в противоречивом взаимодействии его формы и содержания.

Тихомиров Андрей Евгеньевич, в 1986 году окончил Оренбургский государственный педагогический институт по специальности историк, работал преподавателем в средней школе, работал преподавателем в средней учебной заведении, кузак, редактор прозаической газеты.

Парадоксы истории
Исследования исторических казусов

ISBN 978-3-659-71548-8

LAP LAMBERT Academic Publishing

LAP LAMBERT Academic Publishing is a trademark of: OmniScriptum GmbH & Co. KG

Heinrich-Böcking-Str. 6-8
66121, Saarbrücken, Germany
Email: info@omniscryptum.com
www.omniscryptum.com

www.lap-publishing.com
www.ljubljuknigi.ru

"Paradoxien der Geschichte", in russischer Sprache, ISBN 978-3-659-71548-8,
Autor: Andrej Tichomirow, Preis: EUR 51.90.
<http://d-nb.info/1072028115>

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien (www.deutschsprachig.de)“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion: Leonid Reisich.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".

Bei der Deutschen Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/1058396579>